

Peter Ensikat

Ihr könnt ja nichts dafür!

Ein Ostdeutscher verzeiht den Wessis

Mit einem Einwurf von Dieter Hildebrandt

@book im
be.bra verlag

Breschnews hatten sie so viel mehr und länger zu leiden als wir.

Ganz anders sah dieser Russe in den Augen der meisten Westdeutschen aus. Da blieb er der ferne, unzivilisierte Barbar, der Asiat eben, mit dem man weder etwas zu tun haben wollte noch etwas zu tun hatte. Als Stalins Nachfolger Chruschtschow 1956 in seiner – im Westen bald bekannt werdenden – Geheimrede die unter seinem Vorgänger verübten Verbrechen öffentlich machte, war das ja nur eine Bestätigung des Bildes, das man vom Reich des Bösen hatte. Der Versuch, mit der danach einsetzenden Tauwetter-Periode die Verhältnisse zum Besseren zu verändern, wurde im Westen kaum zur Kenntnis genommen. Die blutige Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes in Budapest, der Versuch russische Atomraketen auf Kuba zu stationieren oder der Einmarsch der Russen und ihrer Verbündeten in Prag 1968, all das war Beweis genug, dass ernsthafte Verhandlungen mit so einem Gegner gar keinen Sinn hatten. Alles, was sich im Kalten Krieg zwischen Ost und West abspielte, wurde als Kampf zwischen Gut und Böse wahrgenommen.

Wer sich benahm wie der Bauer Chruschtschow vor der UNO, wo er mit seinem Schuh aufs Rednerpult einschlug, der blieb einfach ein unzivilisierter Vertreter eines barbarischen Systems. Ihm gegenüber stand der sympathische amerikanische Präsident Kennedy, von dem man heute gar nicht mehr zu wissen scheint, dass er es war, der die Verstärkung des »militärischen Engagements« der USA in Vietnam befohlen hatte. Dazu gehörte ab 1961 auch der Einsatz von Napalm und Entlaubungsmitteln. Der Westen verfügte nicht nur über die wirkungsvolleren Waffen, er beherrschte auch die Sprache des Kalten Krieges effektiver. Das tut er noch heute, indem er, statt einen Krieg gleich Krieg zu nennen, von Operationen wie Enduring Freedom (heißt »andauernde Freiheit«) spricht oder, wenn man es auf Deutsch sagt, von kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan. Auch im Kampf für die Menschenrechte sind inzwischen viele Menschen zu Tode gekommen, aber – zumindest sprachlich gesehen – starben sie für eine gute Sache.

Doch zurück zum Russen! Dass Willy Brandt als deutscher Kanzler einst mit einem russischen Diktator namens Breschnew verhandelte, das grenzte noch in den siebziger Jahren geradezu an Vaterlandsverrat. Aber er selbst, dieser Brandt, war ja auch schon als uneheliches Kind auf die Welt gekommen, was ihn zusätzlich fragwürdig erscheinen ließ. Mit dem Hinweis darauf, dass es sich bei ihm um einen »gewissen Herrn Frahm« handelte, hatte Adenauer 1961 noch eine Bundestagswahl gewonnen. Dass er als Offizier einer feindlichen Armee ins Nachkriegsdeutschland gekommen war, statt wie Adenauer in innerer Emigration im Vaterland auszuharren, hätte Brandt ja ohnehin schon unmöglich für ein deutsches Kanzleramt machen müssen. So einer ließ sich, kaum dass er trotzdem Kanzler geworden war, dann mit den Russen ein, trank mit ihnen Wodka und hatte – eben uneheliches Kind! – natürlich auch ständig Weibergeschichten. Auf diesem Niveau bewegten sich damals nicht nur die Stammtischgespräche.

Was Willy Brandt und Egon Bahr »neue Ostpolitik« nannten, hieß für die Mehrheit der Westdeutschen lange Zeit »Verzichtspolitik«, weil die beiden auf

etwas verzichten wollten, das Deutschland schon längst nicht mehr besaß, zum Beispiel auf die verlorenen Ostgebiete. Diese Politik führte zwar in Europa zu einer Ost-West-Entspannung, von der die Bundesrepublik auch unter Helmut Kohl schließlich profitierte, aber so ganz verziehen ist ihnen bis heute nicht, dass sie sich auf die Kommunisten ganz allgemein und die Russen im Besonderen eingelassen haben. Ein schöner, nachträglicher Beweis für Brandts kommunistische Verstrickungen ist ja, dass die ostdeutsche Staatssicherheit beim Misstrauensvotum gegen ihn mindestens eine Stimme zu seinen Gunsten gekauft hatte. Es könnte allerdings auch ein Beweis dafür sein, dass sich selbst zuverlässige Antikommunisten, wenn man sie nur gut genug bezahlt, von den Kommunisten kaufen lassen.

Dass Brandt und Bahr mal als stramme Antikommunisten angefangen haben, ist weitgehend in Vergessenheit geraten. Aber das war in den Jahren direkt vor und nach dem Mauerbau in Berlin. Damals war es in Westberlin fast unmöglich, kein Antikommunist zu sein, wie es in Ostberlin für den »Mann auf der Straße« nicht leicht war, Kommunist zu werden oder zu bleiben. Dass damals so viele Ostberliner in der SED waren, hieß ja nicht, dass es sich dabei unbedingt um Kommunisten handeln musste. Es waren schließlich auch im Westen nicht alle Demokraten, die sich so nannten.

Das westdeutsche Misstrauen gegenüber »dem Russen« blieb auch in Zeiten der Entspannungspolitik westdeutsches Allgemeingut. Die Kreml-Astrologie wurde zu einer anerkannten Wissenschaft. Auch als dieser Russe in Gestalt von Gorbatschow Friedensangebote machte, ein Ende des Wettrüstens anbot, sogar einseitige Schritte dazu einleitete, war man allenfalls irritiert. So ein gebildeter und noch dazu sympathischer Russe passte nicht ins Bild, das man sich so lange von ihm gemacht hatte, ohne ihm ins Gesicht zu sehen. Der schließlich einsetzende deutsche Jubel für Gorbatschow galt der Überraschung, dass sich ein Russe so zivilisiert und intelligent zu geben verstand. Ein Ausnahmerusse eben. Was er für eine Ausnahme war, sah man ja schon daran, dass er bei den normalen Russen trotz allem so schnell wieder unbeliebt wurde, weil sie jetzt zwar freier waren, aber materiell noch schlechter lebten als unter Breschnew.

Ein zweites deutsch-russisches Liebesverhältnis gab es dann in den neunziger Jahren, als der Alkoholiker Boris Jelzin sich in die Herzen der Deutschen soff und Helmut Kohl sich mit ihm in der Sauna traf. Das war der ulkige Russe, der, wenn er genug getrunken hatte, bei Gelegenheit auch mal laut mitsang oder dirigierte, wenn ihm auf offener Straße eine Kapelle begegnete. Bei sich zu Hause sorgte er dafür, dass quasi über Nacht kapitalistische, also demokratische Verhältnisse einzogen. Da konnte sich in diesem bisher so barbarischen Land endlich jeder nach Herzenslust am herrenlos gewordenen Staatseigentum bereichern, wie sich das in einem freien Land gehörte. Die später so genannten Oligarchen stammten zwar alle aus der kommunistischen Nomenklatura, aber wie hätten sie sonst auch wissen sollen, wo Macht und Geld in Russland zu finden waren?

So gut und richtig der lustige Russe Jelzin daheim auch alles machte, ein Russe blieb er eben doch, und seine in Deutschland stationierte Rote Armee bekam das

bei ihrem Abzug zu spüren. Zur großen Abschiedsparade mit den französischen, englischen und amerikanischen Soldaten im Stadtzentrum ließ man sie nicht mit aufmarschieren. Sie durften da, wo sie gewohnt hatten, im etwas abgelegenen Ostberliner Stadtteil Karlshorst ihre eigene kleine Parade veranstalten, während die dankbaren Berliner den zivilisierten Truppen der Westalliierten im Stadtzentrum auf einem rauschenden Abschiedsfest noch mal zujubelten. Das hat zwar viele Ostberliner beschämt. Aber, mein Gott, die waren ja inzwischen sowieso daran gewöhnt, sich für alles Mögliche zu schämen. Nachdem sie, natürlich vergeblich, gegen den Abriss des Lenin-Denkmal in Ostberlin protestiert hatten, fragten einige von ihnen auch, warum das so viel hässlichere Thälmann-Denkmal an anderer Stelle stehen bleiben durfte. Auf diese Frage gab ihnen Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen die einzig richtige deutsche Antwort: »Thälmann war zwar Kommunist, aber doch wenigstens kein Russe.«

Als der in deutschen Augen einzig wirklich demokratische russische Präsident Jelzin aus Alkohol- und Gesundheitsgründen zurücktrat, ernannte er noch selbst seinen Nachfolger. Das war von der Bundesrepublik nicht zu beanstanden, schließlich hatte ja auch Helmut Kohl einmal Wolfgang Schäuble zu seinem Kronprinzen ernannt. Dass daraus nichts wurde, lag nicht nur an Kohl, sondern vor allem an Parteispendenaffären, deren Bekanntwerden nicht vorgesehen war. Der von Jelzin ernannte und dann vom obrigkeitshörigen russischen Volk auch gewählte und wieder gewählte Präsident Wladimir Putin erfüllte leider die in ihn gesetzten deutschen Hoffnungen nicht ausreichend. Das konnte er schon deshalb nicht, weil er nicht wie Jelzin nur harmloses Mitglied des Politbüros der KPdSU (der Kommunistischen Partei der Sowjetunion) gewesen war, sondern Offizier des russischen Geheimdienstes KGB. Also Stasi. Und bei einem kommunistischen Geheimdienst gewesen zu sein, ist allemal verdächtiger als jedes noch so hohe Parteiamt.

Aber auch seine Dresdner KGB-Zeit hätte man Putin noch verzeihen, wäre er dann in Moskau nicht einfach seine eigenen Wege gegangen. Dass er Russland wieder zu dem machen wollte, wovor man sich hier viel zu lange gefürchtet hatte, zu einer Weltmacht nämlich, das ging zu weit. Immer wieder musste man feststellen, dass er sein Riesenreich nicht wie ein ordentlicher deutscher Bundeskanzler lupenrein demokratisch regierte. Sein durch und durch russisches Verständnis von Demokratie hat uns Deutsche aufs Höchste beunruhigt. Wir sind immer beunruhigt, wenn anderswo etwas nicht nach unseren Vorstellungen läuft. Auch dass Putin gegen Jelzins alte Freunde, die Oligarchen, mit eindeutig undemokratischen Mitteln vorging, dass er sie wegen angeblicher oder wirklicher Steuerhinterziehung einsperren ließ, spricht gegen ihn. Natürlich können diese Leute nicht auf legalem Weg zu ihrem Reichtum gekommen sein. Aber in welchem Land dieser Welt war das je der Fall? Dass sich diese neureichen Russen im europäischen Umland jetzt aufführen, wie sie sich aufführen, kann man ihnen nicht vorwerfen. Sie sind nun mal Russen, aber als Milliardäre muss man sie eben akzeptieren.

Unser Rechtsstaat



Dass in vorwiegend ostdeutschen Kreisen über die Frage Rechtsoder Unrechtsstaat so lange nach dem Sieg des Rechts- über den Unrechtsstaat überhaupt noch diskutiert wird, kann wohl kaum einer verstehen, der das Glück hatte, in diesem, schon immer demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen zu sein. Berufsverbote oder Notstandsgesetze waren seinerzeit einfach nötig, um diesen Rechtsstaat vor seinen Feinden zu schützen. Zu den »Feinden« von damals gehörte, neben vielen anderen Amtsträgern von heute oder gestern, auch der spätere Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer. Wie sehr er sich damit ins Unrecht gesetzt hatte, das hat ihm die ehemalige DDR-Bürgerin Angela Merkel, noch bevor sie Bundeskanzlerin wurde, im Plenum des deutschen Bundestages erklärt, und die anwesenden ost- und westdeutschen Abgeordneten der CDU/ CSU-Fraktion haben einhellig applaudiert. Namentlich die westdeutschen Redner und Kommentatoren haben der ostdeutschen Vorrednerin gedankt für ihren erhellenden Exkurs in die bundesdeutsche Vergangenheit.

Neu war nicht der Sachverhalt, von dem Frau Merkel sprach. Fischers linke Vergangenheit war längst in allen Einzelheiten durch die Medienmühle gedreht worden. Neu war, dass hier eine Ostdeutsche einem Westdeutschen erklärte, in was für einem tadellosen Rechtsstaat er gelebt und wie grundfalsch er sich darin verhalten hatte. Mir Ostdeutschem stockte förmlich der Atem. Das kannten wir schließlich bis zu dieser denkwürdigen Bundestagsdebatte nur umgekehrt. Als amtierender Außenminister durfte Fischer Frau Merkel nicht mal den Vogel zeigen, wie wir Ostdeutschen das mit manchen westdeutschen Besserwissern inzwischen tun, wenn sie uns immer noch unser fehlerhaftes Leben erklären wollen. Ich habe Fischer nie zuvor und nie danach so kleinlaut erlebt wie in dieser Debatte. Und ich habe mich – das gebe ich unumwunden zu – von Herzen darüber amüsiert, obwohl ich ganz anderer Meinung war und bin als Angela Merkel.

Mir war – tut mir leid – der frühe Steinewerfer Fischer zeitweise sogar sympathischer als der spätere Außenminister. Ja, ich gehörte in jenen Jahren zu den ostdeutschen Sympathisanten der westdeutschen Unruhestifter, der Achtundsechziger und ihrer Nachfolger. Auch wenn mir viele ihrer Parolen, ihre Sektiererei und diese linke Humorlosigkeit auf die Nerven gingen. Steine werfen wie überhaupt jede Art von Gewalt, auch die gegen Sachen, ist mir ohnehin zuwider. Aber standen den Steinewerfern von damals nicht oft genug prügelnde

Polizisten gegenüber? Es war durchaus nicht immer sicher, wer da zuerst auf wen eingeschlagen hat. Nebenbei bemerkt: Die Prügelstrafe in Schulen wurde nach mehreren Anläufen in der Bundesrepublik erst 1973 endgültig abgeschafft, in Bayern – wie könnte es anders sein? – noch ein paar Jahre später. In der DDR geschah das bereits 1949. Allerdings erinnere ich mich persönlich noch an die eine oder andere Kopfnuss in der Schule und die damals gern zitierte Pädagogenweisheit: »Eine Ohrfeige hat noch keinem geschadet.«

Ob ein Rechtsstaat ein Rechtsstaat ist oder nicht, das hängt nicht nur von den verkündeten Gesetzen ab, sondern auch von denen, die sie anwenden, den Juristen. Und die sprachen in diesem westdeutschen Rechtsstaat, nicht nur der ganz frühen Jahre, oft genug noch alles andere als das, was man heute allgemein unter Recht versteht. Wie viele jener alten Richter hätten wegen weitaus schlimmerer Verbrechen als ihre jetzigen Angeklagten selbst vor Gericht gehört! Da war der Jurist Filbinger mit seiner Rechtfertigung, dass heute nicht Unrecht sein könne, was früher Recht war, noch ein vergleichsweise harmloser Fall. Nein, damit dieser Rechtsstaat zu dem wurde, was er heute – bei aller Unvollkommenheit – ist, bedurfte es dieser Unruhestifter weit mehr als manch braver Juristen.

Die Qualität geltenden Rechts zeigt sich unter anderem darin, wie mit den wirklichen oder scheinbaren Rechtsbrechern umgegangen wird. Und dass unterschieden wird zwischen Feind und Kritiker. Dass man zwischen beiden im Unrechtsstaat DDR bis zum Ende noch so viel weniger unterscheiden wollte als im Rechtsstaat Bundesrepublik, ist einer unter vielen Gründen für den Untergang der DDR. Aber wie lange hat es gedauert, bis sich diese Erkenntnis im Westen durchgesetzt hat? Auch da wurde mancher Kritiker so lange zum Feind erklärt, bis er es gelegentlich auch wurde. Nein, es war im Westen nicht alles gut, nur weil es im Osten noch schlimmer war.

Eines jedenfalls scheint mir den westdeutschen Rechts- mit dem ostdeutschen Unrechtsstaat zu verbinden: Gerechtigkeit herrscht, beziehungsweise herrschte in beiden nicht. Ein beliebtes Argument, das für die Bezeichnung »Unrechtsstaat DDR« spricht, lautet: Eine funktionierende Straßenverkehrsordnung mache aus einem Unrechtsstaat noch lange keinen Rechtsstaat. Das ist richtig. Nun gab es aber in der DDR auch ein vergleichsweise vorbildliches Familien- und Arbeitsrecht. Der Homosexuellen-Paragraph 175, und der Paragraph 218, also das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung, waren im Osten längst nicht mehr in Kraft, als im Westen noch um deren Abschaffung gekämpft wurde. Die Gleichstellung der Frau, vom Grundgesetz zwar von Anfang an gefordert, ist bis heute in der Bundesrepublik weit weniger verwirklicht, als sie das in der DDR einst war. Ja, es gab Dinge, die für mein Gefühl im Unrechtsstaat gerechter gehandhabt wurden als im Rechtsstaat.

Was allerdings das politische Strafrecht betrifft, so war die DDR vom ersten bis zum letzten Tage ein Unrechtsstaat. Die von »führenden Genossen« geübte Praxis, über die Gesetzgebung hinaus in einzelne Verfahren nach Gutdünken einzugreifen, andererseits die Unmöglichkeit gegen staatliche Willkür zu klagen, widerspricht